

**16.3388**

Motion Sollberger Sandra.
Entwurf für ein Bundesgesetz
über die Reduktion der Regelungsdichte
und den Abbau
der administrativen Belastung
für Unternehmen

Motion Sollberger Sandra.
Pour une loi sur la réduction
de la densité réglementaire
et l'allègement
de la charge administrative
qui pèse sur les entreprises

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 28.02.18

Sollberger Sandra (V, BL): Seit geraumer Zeit müssen Unternehmer aus vielen Branchen mit der Tatsache leben, dass sie ihre Unternehmen fast nur noch getrieben von Regulierungen, Vorschriften und amtlichen Formularen organisieren und führen können. Die Zunahme des administrativen und regulatorischen Aufwands führt dazu, dass Firmen sich nicht mehr ganz auf ihre Kernprozesse konzentrieren können und damit auch ihren betriebswirtschaftlichen Fokus verlieren. Gerade für das Rückgrat unserer Wirtschaft, die kleineren und mittleren Unternehmen, ist dieser bürokratische Mehraufwand heute schon fast geschäftshindernd und lenkt unnötig ab. Eine zielführende Reduktion der Regulierungsdichte und der Abbau der administrativen Belastung für Unternehmen sind für unseren Werkplatz entscheidend und wichtig.

Der Bundesrat ist sich ja dieser Entwicklung bewusst und ruft auch dazu auf, dass die administrative Belastung in Grenzen zu halten sei. Wir müssen aber einsehen, dass in diesem Bereich einzelne Ideen und punktuelle Massnahmen nicht mehr genügen und auch nicht mehr zielführend sind. Die existierenden Deregulierungsinstrumente sind nachweislich schwach und können dem Wall von ständig neuen Regulierungen nichts entgegenhalten. Es braucht dringend eine systematisch ausformulierte Vorlage auf Stufe Bund, wie sie inzwischen diverse Kantone kennen. Auf Gesetzesebene sind schlanke, sachlogische und verbindliche Vorgaben wichtig, damit unsere Wirtschaft attraktiv und wettbewerbsorientiert bleiben kann.

Regulierungen sollten schon früh im Gesetzgebungsverfahren auf ihren Sinn und ihre Wirkung überprüft werden. Die schon eingesetzten Mittel wie die Regulierungsfolgenabschätzung, die Berichte mit Massnahmen zur administrativen Entlastung sowie das KMU-Forum gehen in die richtige Richtung. In der Entwurfsphase könnten aber "One in, two out"-Regeln, Sunset- oder Opting-out-Klauseln frühere Kontrollmittel sein, um die Sinnhaftigkeit von Vorlagen zu prüfen und rechtzeitig allfällige Korrekturen vornehmen zu können. Insbesondere sind die Regulierungsfolgenabschätzung respektive der Quality Check wichtige Instrumente, um schlechte und unnötige Regulierungen vorzeitig zu identifizieren und transparente Prozesse für alle Anspruchsgruppen zu schaffen.

Ich betone aber mit Nachdruck, dass die bereits existierenden und angedachten Massnahmen zwar gut, jedoch nicht systematischer Natur sind und daher nur an der Oberfläche kratzen. Sie brauchen dringend eine koordinierte Grundlage, die auch tiefer in die Verwaltung hineinwirkt, da dort der grösste Hebel ist. Diverse Kantone kennen inzwischen sogenannte Entlastungsgesetze, z. B. unser Kanton Basel-Landschaft. Aber auch die Kantone Aargau, Solothurn und Basel-Stadt haben sehr gute, fast durchwegs positive Erfahrungen mit diesem Instrument gemacht.



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • 5012 • Vierte Sitzung • 28.02.18 • 15h00 • 16.3388
Conseil national • 5012 • Quatrième séance • 28.02.18 • 15h00 • 16.3388



AB 2018 N 107 / BO 2018 N 107

Es ist Zeit, für dasselbe Anliegen ein Bundesgesetz vorzubereiten, welches zu namhaften Entlastungen für Unternehmen führen soll. Es geht dabei nicht nur um Deregulierungsmassnahmen, sondern darum, die Bürokratie und die administrativen Belastungen einzudämmen sowie die Verwaltung schon in einer frühen Phase zu sensibilisieren. Es braucht auf Stufe Bund auf Gesetzesstufe endlich verbindliche und strukturelle Vorgaben. Die bereits geplanten Massnahmen können dabei selbstverständlich und sollen sogar integriert werden. Überregulierung und Bürokratie verhindern den dringend nötigen innovativen unternehmerischen Einsatz, den die Betriebe leisten können. Es ist an der Zeit, dass wir die Hauptsorgen der Firmen – erstens, ich wiederhole, hohe Regulierungsdichte und zweitens steigende Bürokratiekosten – endlich ernst nehmen und die hiesigen Rahmenbedingungen nach freiheitlichen und liberalen Grundsätzen ordnen. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen sind wichtig, aber so, dass sie die unternehmerischen Handlungen fördern und nicht behindern.

Schneider-Ammann Johann N., Bundesrat: Frau Nationalrätin Sollberger, wir sind zurück beim Thema, das wir vorhin bei der Motion der FDP-Liberalen Fraktion besprochen haben. Ich teile Ihre Sorge. Ich ärgere mich wahrscheinlich mehr, als Sie glauben, wenn ich sehe, dass wir ein Risiko haben, administrativ auszuwuchern. Ich erinnere daran – ich habe das vorhin schon gesagt -: Wir haben seit 2011 immerhin drei Massnahmenpakete, achtzig Massnahmen und acht Prüfaufträge beschlossen und daran gearbeitet und sie zu 80 Prozent umgesetzt. Das hat Reduktionen zur Folge gehabt. Aber ich gebe gerne zu: Wenn Sie 100 Verordnungsitems ersatzlos streichen wollen, dann ist das ein riesiger Aufwand, um sicher zu sein, dass man über das Streichen nicht Lücken schafft, die dann missbräuchlich genutzt werden könnten oder die den Markt aus der Balance werfen. Der Aufwand ist riesengross. Aber es ist eine Daueraufgabe. Die Bürokratie darf nicht überhandnehmen.

Wenn ich ein gutes Beispiel bemühe, dann ist das E-Government, da wo es um den One-Stop-Shop geht. Das ist für mich ein Effizienzgewinn aufgrund der neuen Technologien gegenüber den vorherigen Prozessen. Es sind ganz kleine Korrekturen, die letztlich in der Summe diesen Gewinn abwerfen müssen.

Wir müssen uns bürokratisch entlasten können, ich bin völlig mit Ihnen einverstanden. Es ist auch eine Vertrauensfrage. Wenn das Vertrauen in die Marktteilnehmer genügend gross ist, dann muss die eine oder andere Vorschrift nicht erlassen werden. Wenn das Vertrauen nicht gegeben ist, dann wird eben jedes Mal sofort ein Einzelfall geregelt. Damit wird für eine ganze Industrie eine Regelung eingeführt, ohne dass man das wirklich bedacht hat. Kämpfen wir dagegen! Wir sind daran.

Auch bei Ihnen gilt: Es braucht keine neue Motion. Wir sind ohne Zusatzauftrag unterwegs und versuchen, das Beste zu erwirken.

Le président (de Buman Dominique, président): Le Conseil fédéral propose de rejeter la motion.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 16.3388/16547)

Für Annahme der Motion ... 112 Stimmen

Dagegen ... 75 Stimmen

(2 Enthaltungen)